



Newsletter des Referats Lateinamerika und Karibik
Ausgabe Nr.1/2009 Juni 2009

[Aktueller Fokus](#) [Regionalprojekt](#) [Projekt Landesbüro](#) [Veranstaltungen](#) [Publikationen](#) [Personalia](#)

Aktueller Fokus

Mehr als ein institutionelles Feigenblatt? Die Bemühungen der Gewerkschaften zur Durchsetzung der OECD-Leitsätze in Lateinamerika



Mit den *OECD-Leitsätzen für Multinationale Unternehmen* haben sich die OECD-Staaten auf vergleichsweise konkrete und umfassende Empfehlungen zu Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards sowie zur Korruptionsbekämpfung geeinigt. Die Regierungen der Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, die Einhaltung der Leitsätze zu fördern. Auch in Lateinamerika gewinnen diese OECD-Standards an Bedeutung. Trotz zahlreicher Fortschritte bei deren Umsetzung weisen die Gewerkschaften auf einige gravierende Mängel bei der Ahndung von Verstößen gegen die Leitsätze hin und ergänzen ihre nationalen Kampagnen in letzter Zeit verstärkt durch einen regionalen Austausch über diese Problematik. Hierin werden sie von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) unterstützt. [mehr](#)

[Zurück Index](#)

Regionalprojekt

Lateinamerika in der Krise – die Suche nach Auswegen hat im FES-Kompetenzzentrum begonnen



In Sachen Finanzkrise hat Lateinamerika Erfahrung: Seit den 1980er Jahren war der Subkontinent von insgesamt sechs solcher Krisen betroffen. Anfängliche Hoffnungen, dass Lateinamerika diesmal verschont bleibe, erwiesen sich als zu optimistisch. Zwar ist der Subkontinent nur sehr begrenzt von den direkten Effekten der Bankeninsolvenzen in den Industrieländern betroffen, aber den indirekten, realwirtschaftlichen Auswirkungen der Krise kann sich die Region nicht entziehen. Insbesondere die rapide sinkende Nachfrage nach Rohstoffen trifft die auf dem Export von Primärgütern basierenden Ökonomien Lateinamerikas mit voller Wucht. Die Debatte über das Krisenmanagement unterstützt die FES nun durch ein regionales Kompetenzzentrum mit Sitz in Venezuela, welches im März 2009 ins Leben gerufen wurde. Dessen Aufgabe ist es, sozialdemokratische Antworten auf folgende Frage zu finden: Welche politischen Initiativen sind auf nationaler und regionaler Ebene notwendig, um gemeinsam die Krise zu bewältigen und künftig ein nachhaltigeres Wirtschaftsmodell zu etablieren? [mehr](#)

[Zurück Index](#)

Projekt Landesbüro

Sozial, gerecht und klimaschonend - zur Fortbildung von Arbeiterinnen und Arbeitern auf ecuadorianischen Blumenfarmen



So unterschiedlich die Arbeit der FES in ihren über 100 Büros auch ausfallen mag, so haben einige Aufgaben doch weltweit Gültigkeit. Für die Stiftung genießt die Arbeit mit Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen überragende Bedeutung. In Ecuador steht dabei für die FES die Förderung einer sozial- und umweltgerechten Blumenproduktion auf der Tagesordnung. Eine Neuheit ist, dass seit Anfang 2009 die Stiftung in Kooperation mit den Arbeiterinnen und Arbeitern auch Standards für einen klimaschonenden und CO2-neutralen Anbau und Handel von Blumen entwickelt. Als Endprodukt des gesamten Projektes steht eine Pflanze, die nachhaltig und unter humanen Arbeitsbedingungen gezogen wird. [mehr](#)

[Zurück Index](#)

„Internationaler Drogenhandel, -anbau und -konsum: Strategien zur Lösung eines komplexen Phänomens in Peru und Deutschland“



Kokain ist das wertvollste Produkt in der Region Lateinamerika und Karibik. Amphetamine und Marihuana sind ebenfalls Teil des lukrativen, kriminellen und globalisierten Wirtschaftssektors. Nicht nur in den Hauptanbauländern Peru, Bolivien und Kolumbien, sondern auch in den Transitländern Mexiko und Zentralamerika gefährdet der illegale Drogenhandel die Stabilität und die öffentliche Sicherheit. Wie wirkt sich der illegale Drogenhandel, -anbau und -konsum auf die Regierungsführung in Peru, aber auch auf die regionalen Beziehungen zu den Nachbarstaaten aus? Welche Strategien hat die peruanische Regierung, um das Drogenproblem in den Griff zu bekommen und welche Ansätze werden in Deutschland verfolgt, um den Konsum zu reduzieren? Über diese Fragen diskutierten auf Einladung der FES und der Botschaft der Republik Peru im Mai 2009 Rómulo Pizarro, Exekutivpräsident der peruanischen Drogenkommission, Sabine Bätzing, Mitglied des Bundestages und Drogenbeauftragte der Bundesregierung und Dr. Karl-Dieter Hoffmann, Experte für Drogenpolitik an der Universität Eichstätt. [mehr](#)

"Scheitert Ecuadors Dritter Weg?" - Alberto Acosta, ehemaliger Präsident der Verfassungsversammlung zieht eine Zwischenbilanz über das ecuadorianische Entwicklungsmodell



Im Zuge ihres ersten Amtsantritts 2007 kündigte die ecuadorianische Regierung unter Präsident Rafael Correa ein ehrgeiziges Reformprojekt an. Sie forderte eine wirtschaftspolitische Kehrtwende sowie einen grundlegenden politischen Wandel. Zu einem Eckpfeiler dieser Neuordnung wurde die Einführung eines alternativen Entwicklungsmodells. Eine neue Verfassung sollte die wichtigsten Weichenstellungen für den Wandel vorgeben. Im April 2009 wurde Präsident Correa im Amt bestätigt. Doch es regt sich verstärkt Kritik an seinem Regierungsstil und der Umsetzung seines Reformprojekts. Mit Alberto Acosta, dem ehemaligen Präsidenten der Verfassungsversammlung und einstigem Energieminister Ecuadors, zog die FES im Rahmen eines öffentlichen Fachgesprächs im Mai 2009 eine Zwischenbilanz des Reformprojekts. [mehr](#)

Verfassungen im Vergleich: Das deutsche Grundgesetz und die Verfassung der Republik Chile



Die chilenische Verfassung stammt aus dem Jahr 1980 und damit noch aus der Zeit der Militärdiktatur (1973-1989). Obwohl in der Vergangenheit bereits mehrere Reformen durchgeführt wurden, schlagen maßgebliche Kräfte von links bis zur politischen Mitte schon seit Jahren die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung vor. Um die Debatte über die Bedeutung der Verfassung für einen Rechtsstaat und eine soziale Marktwirtschaft zu fördern, veranstaltete die FES in Chile im Juni 2009 nun ein Symposium zum Thema „Verfassungen im Vergleich: Das deutsche Grundgesetz und die Verfassung der Republik Chile“ und lud dazu Prof. Dr. Jutta Limbach, die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, ein. [mehr](#)

Von Stiftung zu Stiftung: Erfahrungsaustausch zwischen dem Cono Sur und Deutschland



Die Länder des Cono Sur verfügen nicht nur über funktionierende Parteiendemokratien, sondern auch über politische Stiftungen, die als Berater der Parteien eine wichtige Funktion ausüben. Obwohl die politischen Stiftungen des progressiven Spektrums in der Region zum Teil noch sehr jung sind, haben sie sich bereits 2004 mit Unterstützung der FES auf regionaler Ebene zu einem „Netzwerk progressiver Stiftungen und Institute“ zusammengeschlossen. Dessen Ziel ist es, sich über aktuelle politische Herausforderungen auszutauschen und gemeinsam politische Handlungsoptionen für die Region zu entwickeln. Im April 2009 lud die FES vier Repräsentanten dieses Stiftungsnetzwerks nach Deutschland ein, um Einblicke in das deutsche Stiftungswesen zu geben und den Erfahrungsaustausch über grundlegende Fragen zu fördern. [mehr](#)

Publikationen (in Spanisch oder Portugiesisch)



Die aus der Projektarbeit entstehenden und sie begleitenden Veröffentlichungen erscheinen in der Regel in Spanisch oder Portugiesisch und richten sich an Leser in Lateinamerika [mehr](#)



Publikationen (in Deutsch)

[mehr](#)

[↑](#) Zurück Index

Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik

Im ersten Halbjahr 2009 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt: [mehr](#)

[↑](#) Zurück Index

Mehr als ein institutionelles Feigenblatt? Die Bemühungen der Gewerkschaften zur Durchsetzung der OECD-Leitsätze in Lateinamerika



Mit den *OECD-Leitsätzen für Multinationale Unternehmen* haben sich die OECD-Staaten auf vergleichsweise konkrete und umfassende Empfehlungen zu Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards sowie zur Korruptionsbekämpfung geeinigt. Multinationale Unternehmen aus OECD-Ländern werden aufgefordert, diese Standards weltweit einzuhalten. Die Leitsätze gelten als das bislang weitestreichende Instrument zur Förderung von Selbstverpflichtungen im Bereich von Sozial- und Umweltstandards. Dies liegt unter anderem daran, dass das Instrument mit einem Beschwerdemechanismus ausgestattet ist. Die Regierungen der Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, die Einhaltung der Leitsätze zu fördern und eine sogenannte Nationale Kontaktstelle einzurichten. Die Kontaktstelle dient als Ansprechpartner bei Beschwerden über Verstöße gegen die OECD-Leitsätze. Sie soll den Beschwerden nachgehen und gegebenenfalls zwischen Betroffenen und Unternehmen vermitteln. Scheitern die Vermittlungsversuche, hat die Kontaktstelle die Möglichkeit, den Verstoß öffentlich zu machen.

Auch in Lateinamerika gewinnen die OECD-Leitsätze als Instrument zur Förderung von Sozial- und Umweltstandards an Bedeutung. Inzwischen gibt es in der Region über 30 Beschwerdefälle. Außerdem haben sich fünf lateinamerikanische Staaten (Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko und Peru) zur Anwendung der OECD-Leitsätze und zur Einrichtung einer Nationalen Kontaktstelle verpflichtet. Angesichts dieser Fortschritte verwundert die skeptische Haltung, die man bei vielen lateinamerikanischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in der Diskussion über die OECD-Leitsätze antrifft. Diese Skepsis geht in erster Linie auf ernüchternde Erfahrungen zurück, die Gewerkschaften mehrfach mit lateinamerikanischen Kontaktstellen gemacht haben. Bereits deren Einrichtung erfolgte in manchen Fällen erst auf gewerkschaftlichen Druck hin.

So ist es im Wesentlichen der Beharrlichkeit der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung zu verdanken, dass 2003 – fünf Jahre nach der Unterzeichnung der OECD-Leitsätze durch Brasilien – eine Nationale Kontaktstelle eingerichtet wurde. In Argentinien verstrichen zwischen formeller Verpflichtung und tatsächlicher Einrichtung sogar sechs Jahre. Neben der langen Einrichtungszeit stellen die vergleichsweise lange Bearbeitungszeit von Beschwerden in Lateinamerika, die hohe Personalrotation in den Kontaktstellen und ihre zum Teil schlechte Ausstattung weitere gravierende Probleme dar. Einige Kontaktstellen scheinen ihre Aufgabe zudem eher in der Förderung ausländischer Investitionen als in der Bekanntmachung und Stärkung der Leitsätze zu sehen. Informationskampagnen zu den OECD-Leitsätzen gehen in Lateinamerika meist nicht von den Kontaktstellen, sondern von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen aus. Auch ihrer Verpflichtung zu Transparenz, Rechenschaftspflicht und Zugänglichkeit kommen die Kontaktstellen in vielen Fällen nur ungenügend nach. Ein häufiger Kritikpunkt ist, dass die Annahme von Beschwerdefällen ohne Begründung abgelehnt wird und die jährlichen Berichte an die OECD sehr knapp gehalten sind.

Die Gewerkschaften in Lateinamerika sind allerdings nicht gewillt, die genannten Mängel hinzunehmen. Um zu verhindern, dass die Kontaktstellen zu einem institutionellen Feigenblatt verkommen, ergänzen sie ihre nationalen Kampagnen in letzter Zeit verstärkt durch einen regionalen Austausch. Hierin werden sie von der FES unterstützt.

Im vergangenen November führte die FES in Kooperation mit TUAC (dem gewerkschaftlichen Beratungsgremium bei der OECD) ein Regionalseminar durch, auf dem lateinamerikanische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Erfahrungen über die Arbeit der Kontaktstellen in ihren Ländern austauschten. Im Anschluss daran organisierte die FES einen Dialog zwischen Gewerkschaften und Vertreter der fünf lateinamerikanischen Kontaktstellen. Aus den beiden Veranstaltungen ging die sogenannte *Erklärung von Buenos Aires* hervor, in der nationale und regionale Gewerkschaftsorganisationen darlegen, über welche konkreten Maßnahmen Regierungen die Arbeit der Kontaktstellen in Lateinamerika verbessern können. Die Erklärung wird von den Dachverbänden aktiv in ihrer nationalen Arbeit genutzt. So überreichten Vertreter des wichtigsten brasilianischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT Präsident Lula die *Erklärung*

von *Buenos Aires* mit der Aufforderung, die Rolle der brasilianischen Kontaktstelle zu stärken. Die Regionalorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbunds für den amerikanischen Kontinent, CSA, nutzte die Erklärung, um ihre Position und Handlungsstrategie zu den OECD-Leitsätzen mit den Regionalstrukturen der Globalen Branchendachverbände, den *Global Union Federations*, abzustimmen. Auch der in Buenos Aires initiierte regionale Austausch wird fortgesetzt: Ende April diesen Jahres berieten mit Unterstützung der FES ein brasilianischer Gewerkschaftsvertreter und ein Repräsentant der chilenischen Kontaktstelle peruanische Gewerkschaften im Hinblick auf die Umsetzung der OECD-Leitsätze in Peru. Die chilenische Kontaktstelle gilt als die am besten funktionierende in Lateinamerika und könnte Peru, wo die Regierung 2008 mit der Einrichtung einer Kontaktstelle begonnen hat, als Referenz dienen.

Den genannten Aktivitäten liegt der Anspruch der FES zugrunde, den Gewerkschaften sowohl auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene Plattformen zu bieten, auf denen sie ihren Vorschlägen zur Verbesserung der Nationalen Kontaktstellen Gehör verschaffen können. Insbesondere für die lateinamerikanischen Mitte-Links-Regierungen würde es eine verpasste Chance bedeuten, wenn in ihrer Amtszeit nicht die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Nationalen Kontaktstellen ihrer Aufgabe und Rolle gerecht werden.

Die spanische Fassung der *Erklärung von Buenos Aires* ist unter folgendem Link einsehbar:

[http://www.fes-sindical.org/SIK/publicaciones/DECLARACION de Buenos Aires.pdf](http://www.fes-sindical.org/SIK/publicaciones/DECLARACION_de_Buenos_Aires.pdf)

 [Zurück Index](#)

Lateinamerika in der Krise – die Suche nach Auswegen hat im FES-Kompetenzzentrum begonnen



In Sachen Finanzkrise hat Lateinamerika Erfahrung: Seit den 1980er Jahren war der Subkontinent von insgesamt sechs solcher Krisen betroffen und hat seine Konsequenzen daraus gezogen. Nachdem die lateinamerikanischen Länder jahrelang als Experimentierfeld für neoliberale Wirtschafts- und Entwicklungsmodelle herhalten mussten, hat sich im vergangenen Jahrzehnt ein neues regionales Selbstbewusstsein herausgebildet. Neugewählte progressive Regierungen nutzten in vielen Ländern das robuste Wirtschaftswachstum der letzten

Jahre, um alternative sozialpolitische Konzepte zu implementieren.

Doch die gegenwärtige globale Finanz- und Wirtschaftskrise unterscheidet sich in ihrem Ausmaß grundlegend von früheren Situationen. Anfängliche Hoffnungen, dass sich die Auswirkungen wie Bankenpleite und Kreditklemme auf die Krisenverursacher im Norden beschränken ließen, erwiesen sich schnell als zu optimistisch. Zwar ist Lateinamerika nur sehr begrenzt von den direkten Effekten der Bankeninsolvenzen in den Industrieländern betroffen, aber den indirekten, realwirtschaftlichen Auswirkungen der Krise kann sich die Region aufgrund der globalen Verflechtung der Wirtschaftsbeziehungen nicht entziehen. Insbesondere die rapide sinkende Nachfrage nach Rohstoffen trifft die auf dem Export von Rohöl, Industriemetallen und anderen Primärgütern basierenden Ökonomien Lateinamerikas mit voller Wucht. In Venezuela wird angesichts des starken Preisverfalls von Rohöl die mangelnde Nachhaltigkeit des Modells deutlich, das 90% der Devisen mit diesem Rohstoff erwirtschaftet. In Mexiko und den zentralamerikanischen Ländern, die stark von den Rücküberweisungen ihrer Emigranten abhängen, sind die Folgen der Krise ebenfalls zu spüren.

Der Internationale Währungsfonds sagt voraus, dass Lateinamerika im Jahr 2009 eine Rezession erleben wird. Nach Schätzungen der Interamerikanischen Entwicklungsbank wird ein Fortdauern der Krise in den nächsten drei Jahren die Zahl der Armen um 48 Millionen erhöhen und sie droht die ersten sozialen Erfolge der progressiven Regierungen zunichte zu machen.

Es wird sich zeigen, ob die von vielen Regierungen aufgelegten Konjunkturprogramme und Sofortmaßnahmen wie die in Brasilien versprochenen Wohnbauvorhaben für die ärmste Bevölkerung oder die von der Bank des Südens bereitgestellten Mittel diesen Entwicklungen entgegenwirken können. Die Suche nach Handlungsmöglichkeiten und Auswegen aus der Krise läuft auf Hochtouren.

Die Debatte über das Krisenmanagement unterstützt die FES nun durch ein regionales Kompetenzzentrum mit Sitz in Venezuela, welches im März 2009 ins Leben gerufen wurde. Dessen Aufgabe ist es, sozialdemokratische Antworten auf folgende Fragen zu finden: Wie wirkt sich die Krise in den unterschiedlichen Ländern aus? Wie können die Regierungen ihren aufgrund sinkender Staatseinnahmen schrumpfenden politischen Handlungsspielraum nutzen, um die steigende Arbeitslosigkeit, die Armut sowie die zunehmende soziale Ungleichheit aufzuhalten? Welche Initiativen sind auf nationaler und regionaler Ebene notwendig, um gemeinsam die Krise zu bewältigen und künftig ein nachhaltigeres Wirtschaftsmodell zu etablieren?

Ziel dieses neuen Kompetenzzentrums ist es, die FES-Landesbüros in der Bearbeitung dieser Fragen zu unterstützen, um sowohl die nationale als auch die grenzüberschreitende Suche nach politischen Lösungen zu fördern und mit progressiven Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen politische Strategien zur Überwindung der Krise zu entwickeln.

Um dies zu erreichen, erstellt das Kompetenzzentrum nicht nur eine Website und einen Newsletter mit den wichtigen Ereignissen und Entscheidungen zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern erarbeitet derzeit politische Beratungspapiere für zehn lateinamerikanische Länder. Diese Policy Papers sollen Wege eines sozialdemokratischen Krisenmanagements aufzeigen und bis Ende 2009 in nationalen Workshops mit politischen Entscheidungsträgern und Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutiert werden. Die FES will so einen partizipativen Dialog fördern und Ende des Jahres durch einen regionalen Ländervergleich untersuchen, mit welchen Best Practice Politiken man sich bislang am erfolgreichsten gegen die Krise zu Wehr gesetzt hat.

PROJEKT LANDESBÜRO

Sozial, gerecht und klimaschonend - zur Fortbildung von Arbeiterinnen und Arbeitern auf ecuadorianischen Blumenfarmen



So unterschiedlich die Arbeit der FES in ihren über 100 Büros auch ausfallen mag, so haben einige Aufgaben doch weltweit Gültigkeit. Für die Stiftung genießt die Arbeit mit Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen überragende Bedeutung. Lassen sich doch nur durch starke und selbstbewusste Arbeitnehmervertretungen sozial gerechte Produktionsbedingungen durchsetzen und eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz verwirklichen. Zunehmend setzt sich zudem die Erkenntnis durch, dass die Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht nur sozial gerecht, sondern auch nachhaltig und

ressourcenschonend erfolgen muss. Auch dieses Ziel lässt sich ohne den aktiven Einsatz der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht verwirklichen. So stehen Umwelt- und Ressourcenthemen bei der Zusammenarbeit der Stiftung mit Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen verstärkt auf der Tagesordnung - auch in Ecuador.

Bereits 2007 begann die FES dort mit Workshops zur Bildung von Arbeiterkomitees auf Blumenfarmen. Diese Veranstaltungen werden gemeinsam mit dem Flower Label Program (FLP) in Ecuador organisiert. Landesweit haben sich 57 Farmen diesem Programm angeschlossen. Die durch das Flower Label Program zertifizierten Blumen stammen aus umweltgerechter und menschenwürdiger Produktion. Der Zertifizierungsprozess basiert auf den Kriterien existenzsichernde Löhne, Gewerkschaftsfreiheit, Gleichbehandlung, Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Gesundheitsvorsorge, Verbot hochgiftiger Pestizide sowie dem verantwortlichen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Diese Ziele mögen selbstverständlich erscheinen. Ein Blick auf die harte Realität in den Blumenbetrieben Ecuadors zeigt aber, wie weit die Arbeiterinnen und Arbeiter üblicherweise von solchen Rechten entfernt sind.

Da die FES mit diesen Prinzipien voll und ganz übereinstimmt, fördert sie die Einrichtung von Arbeiterkomitees und die Einführung von Kollektivverhandlungen mit dem Arbeitgeber. Die selbsttätige Einforderung ihrer Rechte ist für die Arbeiterinnen und Arbeiter ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung von Sozial- und Umweltstandards. Durch einen Dialog mit allen beteiligten Akteuren soll die Blumenproduktion nachhaltig, ökologisch und human gestaltet werden. In diesem Sinne unterstützen die FES und die FLP gemeinsam den gesamten Prozess: Von der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten über die Einberufung der Wahlen und die Aufstellung der Wahlversammlung bis zur Sicherstellung einer gleichberechtigten Vertretung von Männern und Frauen.

Seit Anfang 2009 wird das Programm nun um einen weiteren wichtigen Aspekt ergänzt: den Kampf gegen den Klimawandel. Denn die Bedrohung durch den Klimawandel wirkt sich inzwischen auf zahlreiche Lebensbereiche aus und beeinflusst zunehmend auch die Kaufentscheidungen vieler Konsumenten. Daher entwickeln das Flower Label Program und die FES in Ecuador derzeit ein Projekt zur treibhausgasneutralen Produktion von Blumen. Ziel ist es, den Käuferinnen und Käufern Blumen anzubieten, die vom Samen bis zur Vase CO₂-neutral produziert und verkauft wurden.

Das Projekt ist in drei Phasen unterteilt. In einer ersten Phase wurden die durch Produktion und Verkauf der Blumen anfallenden Treibhausgase erfasst. Für jedes zum europäischen Markt transportierte Kilogramm Blumen müssen etwa acht Kilogramm CO₂ berechnet werden (übrigens fallen für jedes in europäischen Treibhäusern gezogene Kilogramm Blumen bis zu 40 Kilogramm CO₂ an). Der Großteil dieser Emissionen wird durch Transport, Düngung, Verpackung sowie Kühlung erzeugt. Die 720 Millionen Blumen aus dem Flower Label Program in Ecuador produzieren so 360.000 Tonnen CO₂ jährlich. Zur Kompensation müssten die ecuadorianischen FLP-Farmen zusammen etwa 4,3 Millionen US-Dollar aufwenden, sofern sie ihre Emissionen nicht kostengünstiger reduzieren können.

In der zweiten Phase geht es jetzt darum, Einsparmöglichkeiten im Produktionsprozess herauszufinden. Ein Erfolg ist hier ohne die aktive Unterstützung der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht möglich. Ihre Kenntnisse sind der Schlüssel zum optimalen Ressourceneinsatz. Daher

widmen sich FLP und FES Ecuador nun gemeinsam der Schulung und Sensibilisierung der Blumenarbeiterinnen und -arbeiter. Sie informieren über Ursachen und Folgen des Klimawandels, über die Ziele des Projektes „CO2-Neutral“ und diskutieren die Rolle der Arbeiter bei der Umsetzung des Projektes. Zu guter Letzt werden ihre Kenntnisse und Ideen direkt zur Reduktion der Treibhausgase genutzt. Denn bei allen Programmen zur CO2-neutralen Produktion liegt die Aufmerksamkeit auf der Einsparung von Emissionen; erst nachrangig folgt das Ziel der Kompensation. Emissionen einzusparen ist nicht nur umweltfreundlicher, sondern auch kostengünstiger. Hier können also ganz klar Anreize auch für weniger umwelt- und sozialbewusste Produzenten aufgezeigt werden. Man muss diese nur bewusst machen und nach Wegen der Verbesserung suchen. Und niemand ist dafür besser geeignet als die Arbeiterinnen und Arbeiter, die täglich auf den Farmen im Einsatz sind.

Das Projekt reiht sich ein in die weltweiten freiwilligen Bemühungen zur Reduzierung von Treibhausgasen. Das Endprodukt des gesamten Projektes ist eine Pflanze, die nachhaltig und unter humanen Arbeitsbedingungen gezogen wurde. So haben alle Beteiligten einen Anreiz: Die Besitzer der Blumenfarmen sichern sich ihre Einkommen durch eine besondere Bindung zum Verbraucher, dieser bekommt ein hochwertiges und faires Produkt; und die Arbeiterinnen und Arbeiter als wichtigste Akteure produzieren unter möglichst optimalen Bedingungen ein Gut, das insbesondere durch ihre Ideen und ihr Wissen hochwertiger und zukunftsfähiger gemacht werden konnte.

 [Zurück Index](#)

„Internationaler Drogenhandel, -anbau und -konsum: Strategien zur Lösung eines komplexen Phänomens in Peru und Deutschland“



Die Länge des Titels macht das Ausmaß des sogenannten „Drogenproblems“ deutlich: Es ist ein vielschichtiges Phänomen, das sich nach Angebot und Nachfrage richtet. So steigt derzeit der Konsum von Kokain nicht nur in Europa, sondern auch in den Anbauländern Peru, Bolivien und Kolumbien. Die klassische Aufteilung in Produktions- und Konsumentenländer ist heute daher nicht mehr ganz zutreffend. Stark involviert sind ebenfalls die Transitländer, wie zum Beispiel Mexiko. Allein im Jahr 2008 starben dort etwa 6.000 Menschen im bewaffneten Konflikt um die Herrschaft der Kartelle über

Territorien, die Milliarden von Dollar wert sind, wenn sie eine Handelsroute in die USA oder nach Europa und Asien bieten.

Kokain ist das wertvollste Produkt in der Region Lateinamerika und Karibik. Amphetamine und Marihuana sind ebenfalls Teil des lukrativen und globalisierten Wirtschaftssektors. Wie wirkt sich der illegale Drogenhandel, -anbau und -konsum auf die Entwicklung bestimmter Regionen und die Regierungsführung in Peru, aber auch auf die regionalen Beziehungen zu den Nachbarstaaten aus? Welche Strategien hat die peruanische Regierung, welche Ansätze werden in Deutschland verfolgt? Um über Fragen wie diese zu diskutieren, luden die FES und die Botschaft der Republik Peru am 25. Mai *Rómulo Pizarro*, Exekutivpräsident der peruanischen Drogenkommission, *Sabine Bätzing*, Mitglied des Bundestages und Drogenbeauftragte der Bundesregierung und *Dr. Karl-Dieter Hoffmann*, Experte für Drogenpolitik in Lateinamerika, ein.

Die FES fördert den Dialog über solch globale Herausforderungen, insbesondere zwischen Ländern des Südens und des Nordens. Schnell wurde bei der Diskussionsveranstaltung klar, dass sich die bisherige Drogenbekämpfungspolitik ändern muss, denn sie ist schlicht gescheitert. Das Ziel der UN Generalversammlung von 1998, den weltweiten Anbau von Schlafmohn und Koka bis 2008 signifikant zu reduzieren, um die internationale Drogenproblematik einzudämmen, ist nicht erreicht worden. Im Gegenteil: Drogenhandel ist heute der lukrativste Zweig der organisierten Kriminalität.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird es den Regierungen nicht leichter machen, für Einkommensalternativen jenseits des Koka in der Andenregion zu sorgen, die lukrativ genug für die Menschen sind, um in marginalisierten Regionen zu überleben. Umso wichtiger ist es, dass die Prävention von Drogenkonsum intensiviert wird, um die Nachfrage zu senken. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion konnten die Gäste in der Botschaft Peru eine Ausstellung zum Drogenanbau, seinen Folgen und alternativen Entwicklungswegen in Peru besuchen.

[↑ Zurück Index](#)

"Scheitert Ecuadors Dritter Weg?" - **Alberto Acosta, ehemaliger Präsident der Verfassungsversammlung zieht eine Zwischenbilanz über das ecuadorianische Entwicklungsmodell**



Im Zuge ihres ersten Amtsantritts 2007 kündigte die ecuadorianische Regierung unter Präsident Rafael Correa ein ehrgeiziges Reformprojekt an. Sie forderte eine wirtschaftspolitische Kehrtwende sowie einen grundlegenden politischen Wandel. Zu einem Eckpfeiler dieser Neuordnung wurde die Einführung eines alternativen Entwicklungsmodells. Eine neue Verfassung sollte die wichtigsten Weichenstellungen für den Wandel vorgeben. Im April 2009 wurde Präsident Correa im Amt bestätigt. Doch es regt sich verstärkt Kritik an seinem Regierungsstil und der Umsetzung seines

Reformprojekts.

Mit Alberto Acosta, dem ehemaligen Präsidenten der verfassungsgebenden Versammlung und einstigem Energieminister Ecuadors, diskutierte die FES im Rahmen eines öffentlichen Fachgesprächs die Umsetzung des ecuadorianischen Entwicklungswegs und zog eine Zwischenbilanz des Reformprojekts. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei die Frage, inwieweit ein wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Kurswechsel gelungen ist und welche Änderungen bisher tatsächlich erreicht wurden.

Alberto Acosta betonte in seinem Vortrag die Notwendigkeit, das ecuadorianische Reformprojekt als einen langfristig angelegten Prozess zu sehen. Ein erster Schritt sei durch die Einführung einer neuen Verfassung bereits vollzogen worden, die wichtige Änderungen wie eine solidarische Wirtschaftsordnung und Umweltrechte festschreibe. Nun gelte es aber, den Verfassungstext umzusetzen und in der politischen Realität zu verankern. Diese Umsetzung hänge im Wesentlichen von der weiteren Entwicklung der Regierungsarbeit und der Dialogbereitschaft Correas und seiner Bewegung *PAIS* ab. Auch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise könne das Reformprojekt unter Druck bringen, da sie Ecuador als rohstoffförderndes und dollarisiertes Land besonders hart treffe.

 Zurück Index

Verfassungen im Vergleich: Das deutsche Grundgesetz und die Verfassung der Republik Chile



Die chilenische Verfassung stammt aus dem Jahr 1980 und damit noch aus der Zeit der Militärdiktatur (1973-1989). Die Demokratie ist 10 Jahre jünger und hat sich zu einer der stabilsten in Lateinamerika entwickelt. Obwohl in der Vergangenheit bereits mehrere Reformen durchgeführt wurden, schlagen maßgebliche Kräfte von links bis zur politischen Mitte schon seit Jahren die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung vor. Zwar sind in der chilenischen Verfassung zahlreiche soziale Rechte festgeschrieben. Die Kritik an der derzeitigen Verfassung – und an verschiedenen

Gesetzen mit Verfassungsrang, wie etwa dem Wahlgesetz oder den Gesetzen zur Rolle von Polizei und Militär – lautet, dass sie bis heute den undemokratischen Geist der Diktatur sowie ein neoliberales Entwicklungsmodell in Chile fest- und dem Staat nur eine untergeordnete Rolle zuschreiben. Die Realisierung der sozialen Ansprüche blieben so, trotz wichtiger Fortschritte, weitgehend der Marktentwicklung untergeordnet. Doch Reformen an dieser Verfassung können im Kongress nur mit einer qualifizierten Mehrheit, bestehend aus der Regierung und der rechten Opposition, umgesetzt werden, welche nur schwerlich für ein gemeinsames Vorhaben zu gewinnen ist.

Um die Debatte über die Bedeutung der Verfassung für einen Rechtsstaat und eine soziale Marktwirtschaft zu fördern, veranstaltete die FES in Chile gemeinsam mit den weiteren politischen Stiftungen, der deutschen Botschaft und drei Universitäten im Juni 2009 ein Symposium zum Thema „Verfassungen im Vergleich: Das deutsche Grundgesetz und die Verfassung der Republik Chile“ sowie ein Kolloquium zur „Verfassung als Rahmen der Demokratie“ und lud dazu Prof. Dr. Jutta Limbach, ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, ein. An den Veranstaltungen nahmen auch Evelyn Haas, ehemalige Richterin am Bundesverfassungsgericht sowie Richter des chilenischen Verfassungsgerichts und namhafte Rechtswissenschaftler teil. Prof. Limbach betonte, dass das deutsche Grundgesetz an seinem sechzigsten Geburtstag auf eine lange Erfolgsgeschichte zurückblicken kann. Es hat einen entscheidenden Beitrag zur Stabilität der Demokratie und zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland geleistet.

Das Grundgesetz wurde seit Ende des zweiten Weltkriegs 52-mal reformiert und an die historischen Umbrüche in Deutschland angepasst. So gelang es bis heute, einen modernen Verfassungsstaat zu sichern. Wie Mehrheiten für solche Reformen erreicht werden konnten und welche Elemente dazu beigetragen haben, dass das Grundgesetz sogar die Wende von 1989 überlebte und heute auch in den neuen Bundesländern ein hohes Ansehen genießt, waren für die chilenischen und deutschen Gäste wichtige Aspekte des Erfahrungsaustauschs. In Deutschland schätzen heute sogar diejenigen das Grundgesetz, die nach der Wiedervereinigung eine neue Verfassung ausarbeiten und dazu eine verfassungsgebende Versammlung einberufen wollten. Allerdings ist die deutsche Verfassung in ihrem historischen Kontext eine Besonderheit und kann nur Ansatzpunkte für die dringend benötigte Modernisierung der chilenischen

Verfassung bieten. Ob Reformen oder Neuanfang - welcher Weg der bessere ist, muss jedes Land für sich entscheiden.

[↑ Zurück Index](#)

■ Von Stiftung zu Stiftung: Erfahrungsaustausch zwischen dem Cono Sur und Deutschland



Die Länder des Cono Sur (Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay) verfügen nicht nur über funktionierende Parteiendemokratien, sondern auch über politische Stiftungen. Diese Stiftungen üben in ihren Ländern eine Reihe wichtiger Funktionen aus. Sie dienen als Think Tanks und Berater der wichtigsten Parteien und leisten einen bedeutenden Beitrag zur programmatischen Weiterentwicklung der Parteien in ihrem politischen Spektrum. Durch die Jugend- und Frauenförderung in der Politik tragen sie zur innerparteilichen Erneuerung und politischen Partizipation bei. Nicht zuletzt spielen sie im

Cono Sur auch eine gesellschaftliche Rolle, da sie wichtige Themen auf die Agenda der Parteien setzen, die öffentliche Debatte fördern und damit der zunehmenden Kluft zwischen Parteien und Bevölkerung entgegenwirken.

Obwohl die politischen Stiftungen des progressiven Spektrums im Cono Sur zum Teil noch sehr jung sind, beschränken sie sich seit 2004 nicht mehr nur auf die Bearbeitung nationaler Themen im Alleingang. Vielmehr haben sie sich mit Unterstützung der FES auf regionaler Ebene zu einem „Netzwerk progressiver Stiftungen und Institute“ zusammengeschlossen. Dessen Ziel ist es, sich über aktuelle politische Herausforderungen auszutauschen und gemeinsam politische Handlungsoptionen für die Region zu entwickeln. Dieses Netzwerk ist neben dem europäischen Stiftungsnetzwerk einzigartig in der Welt und damit eine echte Besonderheit.

Die FES arbeitet heute im Rahmen einer Regionalen Arbeitslinie mit dem Stiftungsnetzwerk im Cono Sur zusammen. Aktivste und bekannteste Mitglieder des Netzwerks sind die seit 1995 existierende, der chilenischen Regierungskoalition Concertación nahestehende Stiftung *Chile 21* sowie die ein Jahr später durch die brasilianische Arbeiterpartei (PT) gegründete Stiftung *Perseu Abramo*. Auch das vom ehemaligen argentinischen Vizeminister und aktuellen Generalsekretär des Mercosurs, Carlos Álvarez, ins Leben gerufene Institut *CEPES*, wie auch die der uruguayischen Frente Amplio nahestehende Stiftung *Líber Seregni* sind Teil des regionalen Zusammenschlusses. Ziel der FES ist es, das progressive Netzwerk zu fördern und auf diesem Weg die Artikulation progressiver politischer Strategien in der Region zu unterstützen.

Im April 2009 lud die FES daher die GeschäftsführerInnen dieser vier Stiftungen und Institute nach Deutschland ein, um Einblicke in das deutsche Stiftungswesen zu geben und den Erfahrungsaustausch über grundlegende Fragen zu fördern. Denn während politische Stiftungen in Deutschland durch die öffentliche Finanzierung und den rechtlichen Status als gemeinnützige Organisationen einen festen Stellenwert als „Grenzgänger zwischen Politik und Zivilgesellschaft“ innehaben, stehen die Stiftungen im Cono Sur finanziell häufig noch auf wackligen Beinen. Neben solchen organisatorischen Fragen standen in Bonn und Berlin in erster Linie Gespräche mit politischen und gewerkschaftlichen Partnern zu aktuellen politischen Herausforderungen wie Arbeitsmarktreformen, Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise und zunehmende Politikfrustration der Bürgerinnen und Bürger auf der Tagesordnung. Auf diese Probleme müssen sowohl die Parteien im Cono Sur wie auch in Deutschland Antworten finden, und es ist die Aufgabe der politischen Stiftungen, sie dabei zu begleiten und zu beraten.

[↑ Zurück Index](#)

Publikationen (in Spanisch oder Portugiesisch)

Nueva Sociedad: "La integración fragmentada", Número 219, Enero / Febrero 2009

<http://www.nuso.org/revista.php?n=219>

Nueva Sociedad: "Todas las crisis de México", Número 220, Marzo / Abril 2009

<http://www.nuso.org/revista.php?n=220>

Nueva Sociedad: "Estado y Mercado", Número 221, Mayo / Junio 2009

<http://www.nuso.org/proximoNumero.php>

Consenso Progresista – Las políticas sociales de los gobiernos progresistas del Cono Sur (Santiago de Chile 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

Movimiento Sindical - Gobiernos Progresistas: Un primer balance en la región (Montevideo 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

¿Para qué sirve la CAN frente al creaqueo interno? (Manuel Chiriboga, Ecuador, 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

América Latina "acoplada" a la crisis como antes al auge. ¿Cómo hacer frente a la nueva encrucijada? (Guillermo Rozenwurcel y Marisol Rodriguez Chatruc, Argentina 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

[↑ Zurück Index](#)

Publikationen (in Deutsch)

Dialogue on Globalization – Brennpunkte. Finanzkrise in Mexiko: Der große Tsunami aus dem nahen Norden (März 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

Dialogue on Globalization – Brennpunkte. Finanzkrise: Kommt Brasilien glimpflich davon? (Dezember 2008)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

BRASILINFO: Weltsozialforum 2009 - Ein Forum in Krisenzeiten (Februar 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

BRASILINFO: Woher wir kommen, wohin wir gehen - Brasilianische Politik in 2008 und ein Ausblick auf 2009 (März 2009)

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

Der russische Bär tanzt Salsa oder Ein Hauch von Kaltem Krieg - Wie Russlands Führung seine strategische Kooperation mit Lateinamerika und der Karibik in den Bereichen Rüstung und

Energie vorantreibt (Januar 2009)

[Kurzbericht herunterladen](#)

Der Gong ist ertönt – Die erste Runde des „Superwahljahrs“ in El Salvador ist eingeleitet - Bericht zu den Parlaments- und Bürgermeisterwahlen in El Salvador (Januar 2009)

[Kurzbericht herunterladen](#)

Bolivians neue Verfassung: Spaltung trotz Einigung? (Februar 2009)

[Kurzbericht herunterladen](#)

Raúls Reformen: Führungswechsel in Kuba (März 2009)

[Kurzbericht herunterladen](#)

Lateinamerikanische Gewerkschaften im Aufwind: neue Chancen für eine globale Partnerschaft? (März 2009)

[Kurzbericht herunterladen](#)

Historischer Wahlsieg – Mauricio Funes strebt eine sozialdemokratische Regierung in El Salvador an (März 2009)

[Kurzbericht herunterladen](#)

Was will Correa? - Der Wahlsieg des ecuadorianischen Staatspräsidenten ist bereits sicher – die Zielsetzung seines politischen Projekts und seines Bündnisses aber bleiben weiter unklar (April 2009)

[Kurzbericht herunterladen](#)

 [Zurück Index](#)

Im ersten Halbjahr 2009 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt:

Einsatzland – ort/Zuständigkeit	Name	Seit
Berlin (Referentin Zentralamerika, Globales Gewerkschaftsprojekt)	Sarah Ganter	Januar
Berlin (Sachbearbeitung Cono Sur)	Jule Wocke	Januar
Berlin (Referentin Brasilien, Uruguay, Nueva Sociedad, Reg. Massnahmen Südamerika)	Simone Mayer	Februar
Berlin (Sachbearbeitung Andenländer)	Katharina Klaussner	März
Berlin (Sachbearbeitung Zentralamerika, Mexiko und Karibik)	Carola Schönberg	April
Kolumbien (Projektleitung)	Hans Mathieu	Mai
Dominikanische Republik/ Kuba/ Haiti (Projektleitung)	Dr. Uwe Optenhögel Dr. Stefanie Hanke	ab Juli

[↑ Zurück Index](#)

[Newsletter abonnieren](#) | [Abbestellen](#) | [Kontakt](#)

V.i.S.d.P. Dörte Wollrad
 (c) 2005 Referat Lateinamerika und Karibik
 Friedrich-Ebert-Stiftung
 Hiroshimastr. 28
 D-10874 Berlin
 Tel.- (030) 269 35-7483
 Fax- (030) 269 35-9253



Programmierung und Design: [G-Softsolutions](#)